

Räumung des Anti-Atomdorfs Grohnde

Die Räumung des Anti-Atom-Dorfes auf dem Kühlturmgelände des AKW-Grohnde wurde trotz Erklärung der AKW-Gegner den Platz friedlich zu verlassen, entgegen den Meldungen der Presse, mit staatlicher Gewaltanwendung durchgeführt, um die AKW-Gegner zu kriminalisieren und finanziell zu ruinieren ! Nachdem um 7 Uhr 35 die 1100 Polizisten und die 200 Mann der Kripo das Lager umzingelt hatten (gleichzeitig wurden die Zufahrtsstraßen abgeriegelt), forderte die Polizei über Lautsprecher:

" Bitte begeben Sie sich bei Verlassen des Geländes zur Überprüfung der Personalien zum Ausgang hier an der B 83. Nehmen Sie ihre persönliche Habe mit. Nach Ablauf der Frist von 20 Minuten wird die Polizei unmittelbaren Zwang anwenden. Gemäß § 17 des Verwaltungskosten - gesetzes sind Sie in diesem Falle zur Erstattung der Einsatzkosten verpflichtet". !!!!

Die AKW-Gegner, die nie an einer Konfrontation mit der Polizei interessiert waren, bekräftigten vor dem Hintergrund der mit Schildern und Schlagstöcken ausgerüsteten 1300 Polizisten, sowie der Androhung die Einsatzkosten für diese Beamten zahlen zu müssen, erneut ihre Bereitschaft das Lager friedlich zu räumen. Allerdings verlangten sie freien Abzug, um die Folgen der geforderten erkennungsdienstlichen Behandlung zu vermeiden (Berufsverbote, strafrechtliche Verfolgung, finanzieller Ruin usw). Die Polizei jedoch suchte die Konfrontation:

Gegen 9 Uhr wurden einzelne AKW-Gegner, zum Teil unter Einsatz von Schlagstöcken, herausgegriffen und erkennungsdienstlich behandelt. Der Ring der Polizeitruppen wurde gleichzeitig immer enger gezogen. Ein AKW-Gegner wurde festgenommen. Die Polizei gab die erkennungsdienstliche Behandlung von 203 AKW-Gegnern an.

Innenminister Groß (FDP/Niedersachsen) bekräftigte anschließend noch einmal, daß diese AKW-Gegner die Einsatzkosten zu tragen haben, sowie mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen müssen !

Sofort nach der Räumung des Lagers , wurde ein starker Stahlgitterzaun zur Sicherung des Kühlturmbaues errichtet.

Dieser erneuten Provokation vorausgegangen war eine massive Hetzkampagne, die durch Flugblattaktionen mit eindeutig faschistischem Inhalt, durch die Gründung einer sogenannten "Bürger"wehr, sowie reinster Hetze in der

Gewerkschaftspresse ("Welt der Arbeit" Nr.32), eine Qualität erreichte, die die Hetze der Springer Presse noch in den Schatten stellte.

Die Niedersächsische Landesregierung, bzw. ihr Innenminister Roetger Groß, versuchte die AKW-Gegner im und um das Anti-Atom Dorf zu spalten, indem er kurz vor der Räumung des Lagers ultimativ forderte, die "Friedlichen" sollten sich von den "Radikalen" distanzieren, da er sonst keine Garantien für ihre Sicherheit mehr übernehmen könnte. Dieser Spaltungs- und Erpressungsversuch wurde von den AKW-Gegnern des Dorfes sowie den örtlichen BI's sofort zurückgewiesen !

Jetzt übernahm die Landesregierung voll die "Argumentation" der "Bürger"wehr für die Begründung ihres Polizeieinsatzes: Der Schutz der Bevölkerung (vor den AKW-Gegnern-nicht etwa vor den Atomanlagen !) müsse durchgesetzt werden. In Flugblättern hatten vorher die "Bürger"wehr, sowie einige sogenannte "Bauarbeiter" gefordert:

"Schutz vor so chaotischen Zuständen wie im sogenannten Anti-Atom Dorf", ...
"Ratten und andere Ungeziefer sind ihre ständigen Begleiter, und wo sie hausen stinkt es" ... "unsere Bürger haben Angst vor diesem verlodderten Haufen" ...

Und das gipfelte dann in der Aufforderung:

"Werft das Molukkerdorf in die Weser!"

Ein gewisser Prothmann (CDU), Gründer der "Bürger"wehr kündigte an, daß er und seine Helfer selbst für "Recht und Ordnung" sorgen würden, wenn der Staat nicht endlich eingreife. Mit der Aufforderung, nicht erst auf den "starken Mann, den kleinen Hitler" zu warten, forderte er die Bevölkerung auf selbst aktiv gegen die AKW-Gegner vorzugehen !!

Inzwischen sind Hetzflugblätter dieser Machart auch schon anlässlich des Brokdorflagers in der Marsch von der "Initiative Vernunft nach vorn" verbreitet worden. Eine Ausbreitung dieser reaktionären "Bürger"wehren muß von allen AKW-Gegnern entschieden bekämpft werden: Wehret den Anfängen !

Aber weder die massive Kriminalisierung, noch die Knüppel und Gaseinsätze der Polizei, noch die von der Atomindustrie aufgebaute "Bürger"wehr wird den Widerstand gegen das unmenschliche Atomprogramm verhindern können !

Sofort nach der Räumung des Anti-Atom Dorfes wurde eine Protestdemonstration in Hameln durchgeführt, in Bremen besetzten die AKW-Gegner aus Protest und Solidarität für kurze Zeit den Bremer Dom:

Solidarität mit allen verfolgten AKW-Gegnern!,

Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren !

Verbot der "Bürger"wehren ! Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo !

W E G M I T D E M A T O M P R O G R A M M !!!

Unterstützt die Arbeit der BUU/Hamburg, spendet auf das Konto: Postsch.kto Nr. Hamburg 48 510-203 M. Ritscher: Alles für die AKW-Gegner---Nichts für die Atomindustrie !!!

Büchertisch und verant.i.S.d.P.

Oskar Bock
Isestr. 3

Kontaktadresse der BUU-Hamburg (vorläufig): H.U.Diesener Angelstr. 14a 2000 Hamburg 70 Tel.: 040/689169
--